

Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung



An die
Mitglieder
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und
Gleichstellung
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Geschäftsstelle:
Büro der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Auskunft erteilt: Frau Turski
Tel. 05 61/7 87.12 26
Fax 05 61/7 87.21 82
E-Mail: andrea.turski@stadt-kassel.de

Kassel, 25. Oktober 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **5. öffentlichen Sitzung** des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
lade ich ein für

**Donnerstag, 1. November 2012, 17:00 Uhr,
Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Staatstheater Kassel
Zusatzvereinbarung zum Theatervertrag**
Vorlage des Magistrats
Berichtersteller/in: Oberbürgermeister Bertram Hilgen
- 101.17.668 -
(gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)
- 2. Extremistische Gruppierungen und Straftaten in Kassel**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Bodo Schild
- 101.17.529 -
- 3. Aufklärung der Vorgänge um die Einrichtung eines Trinkraums**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.17.563 -
- 4. Straßenbeiträge für Eisenbahnweg**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Wolfram Kieselbach
- 101.17.565 -
(gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)
- 5. Einrichtung einer anonymen Spurensicherung**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Gabriele Jakat
- 101.17.590 -

- 6. Häusliche Gewalt**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Kerstin Linne
- 101.17.599 -
- 7. Trennung und Scheidung**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Gabriele Jakat
- 101.17.600 -
- 8. Trinkraum und Moschee**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.17.664 -
- 9. Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger Geschwindigkeitsmessenanlagen**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.17.667 -

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Kassel, 5. November 2012

Niederschrift
über die **5. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am Donnerstag, 1. November 2012, 17:00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Frank Oberbrunner, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP
Monika Sprafke, Mitglied, SPD (bis 18:35 Uhr)
Doğan Aydın, Mitglied, SPD
Gabriele Jakat, Mitglied, SPD
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Harry Völler, Mitglied, SPD
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne (ab 17:40 Uhr)
Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne (bis 18:10 Uhr)
Wolfram Kieselbach, Mitglied, CDU
Birgit Trinczek, Mitglied, CDU
Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, parteilos (ab 18:08 Uhr)

(Vertretung für Dr. Manuel Eichler)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Luigi Zisa, Vertreter des Ausländerbeirates (bis 18:10 Uhr)

Magistrat

Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD

Schriftführung

Cenk Yildiz, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Wolfgang Schwerdtfeger, Dezernat III
Dorothee Rhiemeier, Kulturamt
Jennifer Kellotat, Rechtsamt
Nina Djamali, Rechtsamt
Dr. Ute Giebhardt, Frauenbüro

Tagesordnung:

- | | | |
|----|---|------------|
| 1. | Staatstheater Kassel
Zusatzvereinbarung zum Theatervertrag | 101.17.668 |
| 2. | Extremistische Gruppierungen und Straftaten in Kassel | 101.17.529 |
| 3. | Aufklärung der Vorgänge um die Einrichtung eines Trinkraums | 101.17.563 |
| 4. | Straßenbeiträge für Eisenbahnweg | 101.17.565 |
| 5. | Einrichtung einer anonymen Spurensicherung | 101.17.590 |
| 6. | Häusliche Gewalt | 101.17.599 |
| 7. | Trennung und Scheidung | 101.17.600 |
| 8. | Trinkraum und Moschee | 101.17.664 |
| 9. | Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger
Geschwindigkeitsmessenanlagen | 101.17.667 |

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 25. Oktober 2012 ordnungsgemäß einberufene 5. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Auf Antrag von Stadtverordneten Kieselbach, CDU-Fraktion, wird Tagesordnungspunkt

4. Straßenbeiträge für Eisenbahnweg

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.565 –

von der Tagesordnung abgesetzt, da im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen noch keine Beratung erfolgte.

Stadtverordneter Völler, SPD-Fraktion beantragt die Tagesordnungspunkte

3. Aufklärung der Vorgänge um die Einrichtung eines Trinkraums

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.563 –

und

8. Trinkraum und Moschee

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.664 –

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufgerufen werden. Vorsitzender Kortmann übergibt die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Vorsitzenden Oberbrunner.

Stadtverordneter Kortmann, CDU-Fraktion, spricht dagegen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne

Ablehnung: CDU, Kasseler Linke, FDP

Enthaltung: --

Abwesend: Piraten

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag Tagesordnungspunkt 3, Aufklärung der Vorgänge um die Einrichtung eines Trinkraums, Anfrage der CDU-Fraktion, 101.17.563, und Tagesordnungspunkt 8, Trinkraum und Moschee, Anfrage der CDU-Fraktion, 101.17.664, gemeinsam zur Beratung aufrufen, wird **zugestimmt**.

Die geänderte Tagesordnung wird von Vorsitzendem Kortmann festgestellt.

**1. Staatstheater Kassel
Zusatzvereinbarung zum Theatervertrag**

Vorlage des Magistrats
- 101.17.668 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss der als Anlage beigefügten Zusatzvereinbarung zum Theatervertrag vom 30. November 1959, geändert am 20. September 1995, zu.“

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Ablehnung: Kasseler Linke

Enthaltung: --

Abwesend: Piraten

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Staatstheater Kassel
Zusatzvereinbarung zum Theatervertrag, 101.17.668, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Völlner

2. Extremistische Gruppierungen und Straftaten in Kassel

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.529 -

Antrag

Stadtverordneter Kieselbach, CDU-Fraktion, begründet den Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, Vertreterinnen/Vertreter des Polizeipräsidiums Nordhessen zu einer der kommenden Ausschusssitzungen einzuladen, um über die in Kassel und Nordhessen aufgetretenen Aktivitäten und Straftaten extremistischer Gruppen zu berichten.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Ablehnung: Kasseler Linke

Enthaltung: --

Abwesend: Piraten

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der CDU-Fraktion betr. Extremistische Gruppierungen und Straftaten in Kassel, 101.17.529, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Mijatovic

Vorsitzender Kortmann übergibt die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Vorsitzenden Oberbrunner. Die Tagesordnungspunkt 3 und 8 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

3. Aufklärung der Vorgänge um die Einrichtung eines Trinkraums

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.563 -

Anfrage

Stadtverordneter Kortmann, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage.

Wir fragen den Magistrat:

1. Aus welchen Gründen wurde der Trinkraum-Container zur befristeten Nutzung erst mit mehreren Wochen Verspätung eröffnet?
2. Wer ist hierfür verantwortlich?
3. Welche Kosten sind in dieser Zeit der Nichtnutzung entstanden?
4. Wer trägt diese Kosten?
5. Warum wurden diese unnötigen Kosten nicht vermieden?
6. Treffen Berichte und Aussagen zu, wonach die Betroffenen angekündigt haben, diesen Container nicht als Trinkraum nutzen zu wollen?
7. Inwieweit wurde im Vorfeld untersucht, ob und wie ein Trinkraum in Kassel überhaupt von den Betroffenen angenommen wird?
8. Wie lange soll die provisorische Container-Lösung höchstens fortgeführt werden?
9. Mit wem wird zurzeit über welchen dauerhaften Standort für einen Trinkraum konkret verhandelt?
10. Wer ist zurzeit für die Führungen dieser Verhandlungen und Gespräche auf Seiten der Stadt verantwortlich?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen.

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt stellvertretender Vorsitzender Oberbrunner die Anfrage für erledigt.

8. Trinkraum und Moschee
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.664 -

Anfrage

Stadtverordneter Kortmann, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage.

Wir fragen den Magistrat:

1. Unter welchen Gesichtspunkten wurde für die Etablierung eines festen Trinkraums das Gebäude in der Kurt-Schumacher-Straße (Hansa-Haus) vom Magistrat gewählt?
2. Welche Alternativen wurden geprüft?
3. Wurde die Tatsache der dort vorhandenen Moschee beachtet?
4. Welche Konflikte sieht der Magistrat aufgrund der Tatsache, dass sich künftig im gleichen Gebäude der Trinkraum und eine Moschee befinden sollen?
5. Wurde die Problematik zwischen Alkoholkonsum und dem Alkoholverbot des Islam mit den Verantwortlichen der Moschee besprochen?
6. Wie werden sich die zu erwartenden Leerstände durch den Behördenumzug zu Salzmann in Kombination mit der geplanten Einrichtung eines Trinkraums im Hansa-Haus auf die Entwicklung des Areals auswirken?
7. Wie will der Magistrat mit einer möglichen Ghettoisierung im Hansa-Haus umgehen und gibt es ein Konzept, diese zu verhindern?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen.

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt stellvertretender Vorsitzender Oberbrunner die Anfrage für erledigt.

4. Straßenbeiträge für Eisenbahnweg
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.565 -

Abgesetzt

5. Einrichtung einer anonymen Spurensicherung
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.590 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

6. Häusliche Gewalt

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.599 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

7. Trennung und Scheidung

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.600 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

**9. Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger
Geschwindigkeitsmessenanlagen**

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.667 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 19:04 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Cenk Yildiz
Schriftführer

Vorlage Nr. 101.17.668

**Staatstheater Kassel
Zusatzvereinbarung zum Theatervertrag**

Berichtersteller/-in: Oberbürgermeister Bertram Hilgen

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss der als Anlage beigefügten Zusatzvereinbarung zum Theatervertrag vom 30. November 1959, geändert am 20. September 1995, zu.“

Begründung:

Bisher wurden die Betriebskostenzuschüsse nach dem geltenden Theatervertrag im Verhältnis 52% Land und 48 % Stadt veranschlagt. Diese Grundbezuschussung soll auch in den Folgejahren im gleichen Verhältnis gewährt werden.

Aufgrund der immer schwieriger werdenden Situation der öffentlichen Haushalte sehen sich Stadt und Land zukünftig außerstande, alle erforderlichen Zuschüsse allein aufzubringen. Dies gilt insbesondere für **tariflich bedingte Personalkostensteigerungen** sowie die **erforderlichen Bau- und Bauunterhaltungskosten**, sofern sie nicht durch die regelmäßig veranschlagte Bauunterhaltungspauschale (aktuell 932.000 €) abgedeckt werden können.

Vor diesem Hintergrund sind folgende Änderungen vorgesehen:

Für das Jahr 2012

Tariflich bedingte Personalmehrkosten in Höhe von 933.000 € sollen zu je einem Drittel aus Zuschüssen des Landes, der Stadt Kassel sowie aus Mittel des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) finanziert werden. Die Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich werden der Stadt Kassel im Rahmen der Zuweisung des Theaterlastenausgleichs zugewiesen.

Ausgehend von der Summe in Höhe von 933.000 € bedeutet dies für die Stadt Kassel für das Jahr 2012 eine finanzielle Verbesserung in Höhe von 136.840 € (bisheriger Anteil mit 48% = 447.840 € abzüglich neu festgesetzter Anteil mit 1/3 = 311.000 € = 136.840 €).

Ab dem Jahr 2013

Das Staatstheater wird sich im Rahmen seines Etats jeweils mit einem Eigenanteil in Höhe von 10% beteiligen an

den tariflich bedingten Personalmehrkosten

den über die Bauunterhaltungspauschale (derzeit 932.000 € pro Jahr) hinausgehenden

Baumehrkosten. Hierbei soll der vom Staatstheater zu tragende Anteil max. 130.000 € pro Jahr betragen.

Nach Abzug des vom Staatstheater zu tragenden Eigenanteils verteilen sich die tariflich bedingten Mehrkosten sowie die über die Bauunterhaltungspauschale hinausgehenden Baukosten im Verhältnis 36 % Land (bisher 52%)

32 % Stadt Kassel (bisher 48%)

32 % aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs (bisher 0%)

Die Bau- und Bauunterhaltungsmaßnahmen und der insgesamt erforderliche Mehrbedarf werden durch die Träger einvernehmlich festgelegt. Die Mittel werden der Stadt Kassel im Rahmen des Theaterlastenausgleichs zugewiesen.

Der Magistrat hat der Vorlage in seiner Sitzung vom 8. Oktober 2012 zugestimmt.

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. 101.17.529

Extremistische Gruppierungen und Straftaten in Kassel

Antrag

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, Vertreterinnen/Vertreter des Polizeipräsidiums Nordhessen zu einer der kommenden Ausschusssitzungen einzuladen, um über die in Kassel und Nordhessen aufgetretenen Aktivitäten und Straftaten extremistischer Gruppen zu berichten.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bodo Schild

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.563

Aufklärung der Vorgänge um die Einrichtung eines Trinkraums

Anfrage

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung**

Wir fragen den Magistrat:

1. Aus welchen Gründen wurde der Trinkraum-Container zur befristeten Nutzung erst mit mehreren Wochen Verspätung eröffnet?
2. Wer ist hierfür verantwortlich?
3. Welche Kosten sind in dieser Zeit der Nichtnutzung entstanden?
4. Wer trägt diese Kosten?
5. Warum wurden diese unnötigen Kosten nicht vermieden?
6. Treffen Berichte und Aussagen zu, wonach die Betroffenen angekündigt haben, diesen Container nicht als Trinkraum nutzen zu wollen?
7. Inwieweit wurde im Vorfeld untersucht, ob und wie ein Trinkraum in Kassel überhaupt von den Betroffenen angenommen wird?
8. Wie lange soll die provisorische Container-Lösung höchstens fortgeführt werden?
9. Mit wem wird zurzeit über welchen dauerhaften Standort für einen Trinkraum konkret verhandelt?
10. Wer ist zurzeit für die Führungen dieser Verhandlungen und Gespräche auf Seiten der Stadt verantwortlich?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.565

Straßenbeiträge für Eisenbahnweg

Antrag

**zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen und in den Ausschuss für Recht, Sicherheit,
Integration und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, mit der Stadt Vellmar über eine öffentlich rechtliche Vereinbarung dahingehend zu verhandeln, dass die Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel auch für die in der Stadt Vellmar gelegenen Grundstücke Gemarkung Niedervellmar Flur 1, Flurstücke 45/2, 45/1, 113/7, 113/1, 113/2, 113/5, 113/6 und 150/113 gilt.

Begründung:

Der Eisenbahnweg entlang der genannten Vellmarer Grundstücke liegt voll auf Kasseler Gebiet und bietet den angrenzenden Vellmarer Grundstücken Vorteile. Insoweit unterscheidet sich die Rechtslage nicht von derjenigen des Erschließungsbeitragsrechtes und führen die im Beitragsrecht herrschenden Grundsätze der Abgabengleichheit und Vorteilsgerechtigkeit zur gleichmäßigen Heranziehung der Grundstückseigentümer.

Zwar ist der Eisenbahnweg erst vor kurzer Zeit erstmalig erstellt worden und erfahrungsgemäß mit einem Um- oder Ausbau nicht alsbald zu rechnen. Gleichwohl zeigt der langwierige Rechtsstreit, bis hin zum Bundesverwaltungsgericht, um die Heranziehung zu den Erschließungsbeiträgen, dass frühzeitig eine Rechtssicherheit und Klarheit für die Bürger zu schaffen ist.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Wolfram Kieselbach

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.590

Einrichtung einer anonymen Spurensicherung

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. beim Klinikum Kassel die Möglichkeit einer anonymen Spurensicherung – vergleichbar zu den entsprechenden Projekten der Städte Bochum, Herne, Bremen, Bonn, Köln – einzurichten, und zwar insbesondere für Frauen und Kinder, die Opfer einer (sexuellen) Gewalttat geworden sind;
2. dies bei den Trägern der übrigen größeren Kliniken im Stadtgebiet mit gleicher Zielrichtung anzuregen.

Begründung:

Um gewalttätige Übergriffe, insbesondere gegen die sexuelle Selbstbestimmung in gerichtlichen Verfahren beweissicher feststellen zu können, ist es sachgerecht, dass Spuren am Körper frühzeitig gesichert werden.

85% der Gewalttaten an Frauen und Kindern finden im sozialen Umfeld statt. Daher scheuen sich viele Gewaltopfer, den Täter direkt anzuzeigen und sich rechtsmedizinisch untersuchen zu lassen, aus Scham und Angst vor der Befragung und Angst vor dem Täter. Die Dunkelziffer der Taten im Bereich sexueller Gewalt ist deshalb sehr hoch. Zwar nehmen Staatsanwaltschaft und Polizei schon bisher in diesem Sektor die ihnen obliegenden Ermittlungsaufgaben einschließlich derjenigen der Sicherung von Beweismitteln wahr. Diese Behörden können jedoch nur tätig werden, wenn sie von einer Straftat erfahren, was aus den geschilderten Umständen heraus nicht hinreichend gewährleistet ist. Helfen kann den Betroffenen daher zusätzlich eine anonyme Spurensicherung, bei der Spuren gerichtsfest gesichert werden, ohne dass das Opfer seinen Namen nennen und den Täter anzeigen muss.

Diese werden mindestens 10 Jahre aufbewahrt.

Durch die anonyme Spurensicherung haben die Ermittlungsbehörden, auch bei einer späteren Anzeige, die Möglichkeit, auf Spurenmaterial zurückzugreifen. In einem Verfahren verbessert das die Ausgangsposition des Opfers erheblich.

Untersucht werden können Spermaspuren, Haare, Kleidung, Haut etc. Auch Fotos von Gewaltspuren können gemacht werden.

In den Klinken müssen Ärzte auf die Untersuchungsmethoden geschult werden und geben diese anonym unter einer Chiffrenummer an die Polizei oder Rechtsmedizin weiter. Den Ärzten sind andererseits auch ihre Pflichten gegenüber den Strafverfolgungsbehörden insoweit zu vermitteln, als die ärztliche Schweigepflicht nicht unbegrenzt gilt und dass bei der Gefährdung hochwertiger Rechtsgüter eine Offenbarungsbefugnis oder gar eine Offenbarungspflicht bei schwerster Kriminalität bestehen kann.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Gabriele Jakat

Anke Bergmann
Stellv. Fraktionsvorsitzende SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Vorlage Nr. 101.17.599

Häusliche Gewalt

Gemeinsamer Antrag

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung die Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft „Runder Tisch gegen häusliche Gewalt Region Kassel“ vorzustellen und die sich daraus ergebenden Vorgehensweisen insbesondere für die Stadt Kassel darzulegen.

Begründung:

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Kerstin Linne

Anke Bergmann
Stellv. Fraktionsvorsitzende SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Vorlage Nr. 101.17.600

Trennung und Scheidung

Gemeinsamer Antrag

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, über das Konzept, bzw. die Umsetzung für eine Anlaufstelle für Alleinerziehende im Ausschuss Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung zu berichten.

Begründung:

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Gabriele Jakat

Anke Bergmann
Stellv. Fraktionsvorsitzende SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Vorlage Nr. 101.17.664

Trinkraum und Moschee

Anfrage

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung**

Wir fragen den Magistrat:

1. Unter welchen Gesichtspunkten wurde für die Etablierung eines festen Trinkraums das Gebäude in der Kurt-Schumacher-Straße (Hansa-Haus) vom Magistrat gewählt?
2. Welche Alternativen wurden geprüft?
3. Wurde die Tatsache der dort vorhandenen Moschee beachtet?
4. Welche Konflikte sieht der Magistrat aufgrund der Tatsache, dass sich künftig im gleichen Gebäude der Trinkraum und eine Moschee befinden sollen?
5. Wurde die Problematik zwischen Alkoholkonsum und dem Alkoholverbot des Islam mit den Verantwortlichen der Moschee besprochen?
6. Wie werden sich die zu erwartenden Leerstände durch den Behördenumzug zu Salzmann in Kombination mit der geplanten Einrichtung eines Trinkraums im Hansa-Haus auf die Entwicklung des Areals auswirken?
7. Wie will der Magistrat mit einer möglichen Ghettoisierung im Hansa-Haus umgehen und gibt es ein Konzept, diese zu verhindern?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.667

**Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger
Geschwindigkeitsmessenanlagen**

Antrag

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, für den Fall, dass auch der beauftragte Gutachter feststellt, dass die im Stadtgebiet aufgestellten Verkehrsüberwachungsanlagen für einen stationären Einsatz nicht zugelassen sind, sämtliche ergangenen Bescheide nachträglich aufzuheben und alle gezahlten Geldbeträge aus Gründen des Rechtsfriedens zurückzuerstatten.

Begründung:

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender